

„Merkel könnte den Brexit abwenden, wenn...“

INTERVIEW Hans-Werner Sinn über Großbritanniens EU-Austritt und Folgen für Deutschland

Einen Tag vor der historischen Abstimmung über den Brexitvertrag im Unterhaus zwischen der EU und der Regierung von Theresa May ist die Zukunft ungewiss. Fällt der Vertrag im Parlament durch? Hat der Exit vom Brexit noch eine Chance? Wie würde sich der Brexit auf die Rest-EU und Deutschland auswirken? Darüber sprachen wir mit dem früheren Präsidenten des ifo-Instituts, Prof. Hans-Werner Sinn.

Vorausgesetzt, es passiert nicht noch ein Wunder, wird mit Großbritannien Ende März 2019 die zweitgrößte Volkswirtschaft die EU verlassen. Welche Dimension hat der Brexit für die verbleibende 27er-Union?

Das Vereinigte Königreich ist so groß wie die 19 kleinsten EU-Länder zusammen. Sein Austritt ist also wirtschaftlich gleichbedeutend mit dem Austritt von 19 der 28 EU-Länder. Die Vorstellung, man könne zur Tagesordnung übergehen, weil der Brexit ein Nichtereignis sei, ist absurd. Die Nachkriegsordnung wird erschüttert.



Prof. Hans-Werner Sinn
ehemaliger ifo-Präsident

Sie haben einmal gesagt, nach dem Brexit dürfe in der EU kein Stein auf dem anderen bleiben. Welche Konsequenzen muss die EU ziehen?

Die erste Konsequenz aus deutscher Sicht ist, dass die Sperrminoritätsklausel im EU-Ministerrat, die im Vertrag von Lissabon verankert ist, geändert werden muss. Diese Klausel besagt, dass Beschlüsse von einer Ländergruppe, die 35 Prozent der Bevölkerungsgruppe auf sich vereint, blockiert werden können. Bisher war es so, dass die – ich nenne sie mal – Nordländer, also Großbritannien, Holland, Deutschland, Österreich und die Länder bis ganz hoch in den Norden, 39 Prozent der Bevölkerung auf sich vereinigten, während die mediterranen Länder auf 38 Prozent kamen. Beide Gruppen hatten also eine Sperrminorität, es war ein Gleichgewicht der Kräfte. Man konnte nichts durchsetzen, was einer der Gruppen missfiel.

Diese „innere Balance“ ginge also verloren?

So ist es. Ohne die Briten rutscht die Nordgruppe auf



Berliner Lethargie statt Kampf gegen den Brexit? Premierministerin Theresa May und Bundeskanzlerin Angela Merkel.

FOTO: REUTERS

30 Prozent ab und verliert die Sperrminorität, während die mediterrane Gruppe auf 43 Prozent hochgeht. Das muss dringend geändert werden. Deutschland kann es nicht hinnehmen, dass die Sperrminoritätsklausel so bleibt, wie sie ist.

Was ist mit dem Thema Migration?

Ein Grund für die Brexit-Entscheidung der Briten war das Thema innereuropäische Migration. Man muss überlegen, ob die Gründe der Briten für ihre Austrittsentscheidung nicht doch legitim sind, weil sie ein Problem der EU aufzeigen. Die britische Regierung hatte bei den Verhandlungen ja gewollt, dass eine verzögerte Integration von EU-Immigranten in das britische Sozialsystem ermöglicht wird. London argumentierte, Großbritannien sei ein Sozialmagnet.

Ist das Argument korrekt?

Ja. Migranten kommen, weil es ihnen im Zielland besser geht als im Heimatland. Und zwar aus zwei Gründen. Erstens verdienen sie einen höheren Lohn. Und zweitens erhalten sie bessere Sozialleistungen sowie weitere staatliche Leistungen in Form eines besseren Rechtssystems, eines besseren öffentlichen Schutzes oder einer besseren

Infrastruktur. Der erste Anreiz ist sinnvoll, weil die dadurch induzierte Migration die Wirtschaftskraft Europas erhöht, der zweite Anreiz ist falsch, denn er resultiert aus einem Geschenk, das der Club, in den man eintritt, den Neumitgliedern macht, ohne dass sie dafür bezahlen müssen. Das Geschenk verfälscht die Migrationsentscheidung und ist für die vorhandene Bevölkerung nachteilig, weil die öffentliche Infrastruktur überlastet wird und die Sozialsysteme mehr Geld ausgeben müssen.

Wie kann man das anders regeln?

Wir müssen die Magnetwirkung der Sozialstaaten reduzieren. Dazu würde ich die

Sozialleistungen aufteilen: in erarbeitete und ererbte Leistungen.

Was ist darunter zu verstehen?

Die erarbeiteten Leistungen sollten vom Gastland gezahlt werden, die ererbten vom Heimatland. Unter den erarbeiteten Leistungen verstehe ich die Leistungen der Renten-, Kranken-, Unfall- und Arbeitslosenversicherung, die man selbst bezahlt. Unter den ererbten Leistungen verstehe ich die steuerfinanzierten Leistungen wie z.B. eine Sozialhilfe für gering Qualifizierte, die keine Arbeit finden, für chronisch Kranke, für behinderte Personen oder auch für Kinder, die im Ausland verbleiben. Leistungen, die nicht mit

dem Arbeitsverhältnis zusammenhängen, sollten vom EU-Heimatstaat erbracht werden, weil der Heimatstaat das Versicherungskollektiv ist, dem man entstammt. Eine Sanierung der heimischen Versicherungskollektive zu Lasten der derzeit noch funktionsfähigen Sozialstaaten der EU sollte man ausschließen. Eine solche Regelung würde im Übrigen die allerletzte Chance bieten, um den Brexit noch abzuwenden. Sollte das Unterhaus morgen den Rückfallvertrag ablehnen, den Premierministerin May ausgehandelt hat, was ich nicht für unwahrscheinlich halte, ist das Rennen ja noch einmal offen. Dann könnte man den Briten ein Angebot machen, das sie nicht ablehnen können.

Großbritannien ist Deutschlands viertgrößter Exportmarkt. Wie hart trifft uns der Brexit wirtschaftlich?

Er trifft uns extrem. Industriegüter werden ja heute in einer verflochtenen Wirtschaftsstruktur hergestellt. Ein Gut kreuzt als Vorprodukt die Grenzen mehrfach, bevor es beim Verbraucher landet. Insofern würde eine Zollgrenze zwischen Großbritannien und Deutschland eine Kaskadenwirkung bei den Zöllen entfalten, weil die arbeitsteilig erzeugten Güter mehrfach

belastet werden. Das würde Handelsketten zerschneiden und zerstören. Es würde sich eine neue Struktur der Wirtschaft ergeben – mit erheblichen Übergangsproblemen. Auch langfristig hätten alle Beteiligten erhebliche Nachteile, weil die Vorteile der internationalen Arbeitsteilung verloren gehen.

Was kann die Bundesregierung tun, um Schadensbegrenzung zu betreiben?

Die Regierung in Berlin hätte das Brexit-Thema von vornherein ernster nehmen und für den Verbleib der Briten in der EU kämpfen müssen. Ich habe davon bislang nichts gesehen. Im Wesentlichen herrschte Lethargie. Das muss sich ändern. Die Bundeskanzlerin sollte in einem letzten großen Schritt – und damit könnte sie in die Geschichtsbücher eingehen – den Briten jenen Vorschlag machen, von dem ich zuvor sprach, und den anderen EU-Ländern nahelegen, ihn anzunehmen. Ich glaube nämlich, der Kladderadatsch bei einem ungeordneten Brexit schreckt doch viele ab. Dann wäre die Möglichkeit gegeben, das britische Volk in einem zweiten Referendum zu überzeugen, doch dabeizubleiben. Inzwischen ist eine Mehrheit der Briten ohnehin schon für den Verbleib in der EU. **Interview: Alexander Weber**



Am 22. Januar 1972 wurden im Brüsseler Palais d'Égmont die Beitrittsverträge unterzeichnet. In der Mitte am Tisch der konservative Premierminister Edward Heath.

„Bloß kein Brexit ohne Deal!“

Deutsch-Briten in Bayern vor der Abstimmung im Unterhaus zwischen Hoffen und Bangen

München – Die Hoffnung stirbt zuletzt. Auch bei den britischen Bürgern in Bayern. Nach dem Schock des Brexit-Referendums im Juni 2016 haben sie begonnen, sich zu organisieren und sich im Januar 2017 zum Verein „British in Germany“ zusammengeschlossen, um ihre Interessen im Falle des Austritts Großbritanniens aus der EU zu vertreten. Knapp über 18 000 Briten leben in Bayern, rund 6000 im Raum München. Eine davon ist Alison Jones, eine IT-Fachfrau, überzeugte Europäerin und Brexit-Gegnerin.

Auch sie schwankt zwischen Hoffen und Bangen,

wenn sie der Abstimmung im britischen Unterhaus am morgigen Dienstag entgegenblickt. „Auch im Austrittsvertrag mit der EU gibt es noch Lücken, die vielen von uns Sorgen bereiten“, erzählt Alison Jones im Gespräch mit unserer Zeitung. „Viele Briten sind hier sehr gut integriert – so gut, dass sie mit deutschen Partnern verheiratet sind. Laut Vertrag wird es aber nicht so einfach sein, mit dem deutschen Partner zurück nach Großbritannien zu ziehen. Denn die Rückkehr mit Partner ist dann nicht mehr ein Recht, sondern an strenge Konditionen verbunden und muss beantragt wer-



Alison Jones – Britin in Bayern.

den. Wenn zum Beispiel die Eltern auf der Insel krank würden und man nach Hause möchte, um sie zu pflegen, könnte das schwierig werden.“ Viele Briten in Deutschland arbeiteten in gut bezahlten Jobs in der Forschung

oder in der Wirtschaft, es sei Teil der Karriereplanung, ein paar Jahre im Ausland zu leben und zu arbeiten.

Auch das „Withdrawal Agreement“ grenze die Briten in Deutschland stark ein. Wenn ein britischer Ingenieur bei BMW nach Belgien oder Polen geschickt werden soll, werde er behandelt wie ein Drittstaatler, so Jones. Auch Freiberufler – Musiker, Übersetzer und Unternehmer – werden Probleme bekommen, weil sie nicht mehr europaweit ihre Dienste anbieten dürfen. Diese Eingrenzung der Freizügigkeitsrechte ist die größte Sorge. „Und das wäre bereits im günstige-

ren Fall, bei einem Brexit mit Deal eine Tatsache.“ Will sagen: Von einem harten Brexit ganz zu schweigen. „Das Schlimmste wäre für uns der ‚No Deal‘, weil wir dann Drittstaatler ohne Residenz- und Arbeitsrecht wären, ohne Sozial- und Krankenversicherung“, befürchtet sie.

Viele Briten suchen ihr Heil in einem deutschen Pass. Waren 2015 nur 564 Ausweise an Bürger des Vereinigten Königreichs ausgestellt worden, waren es 2017 schon 7493. Auch setzt man seine Hoffnung auf die deutsche Regierung. Dort arbeite man bereits an Notfalllösungen, um individuelle Härte zu vermei-

den. Hoffnung macht den deutschen Briten, dass die Möglichkeit eines zweiten Referendums wieder in den Fokus rückt, der Brexit als noch abgewendet werden kann.

Wermutstropfen aus Sicht der Kontinental-Briten: Viele von ihnen dürfen bei Wahlen und Referenden nicht mitbestimmen, weil sie seit mehr als 15 Jahren keinen Wohnsitz in Großbritannien haben. Immerhin sind das 1,2 Millionen in Europa. Egal, wie die Abstimmung morgen ausgeht: Diese Woche treffen sich Bayerns Briten zum Stammtisch. Nach dem Votum. Zum Mutmachen. Oder zum Trösten. **A. WEBER**

ENDSPIEL UM DEN BREXIT

Am morgigen Dienstag stimmt das **britische Unterhaus** über den Brexit-Deal ab, den die Regierung von Premierministerin Theresa May mit der EU und ihrem Beauftragten Michel Barnier ausgehandelt hat. Angesichts des **massiven Widerstands** im Unterhaus ist offen, ob sie unter den 650 Abgeordneten eine Mehrheit für das Vertragswerk findet.

Das Brexit-Paket umfasst einen knapp **600 Seiten starken Austrittsvertrag**. Darin sind die **Bedingungen der Trennung** festgeschrieben – etwa die **Rechte von EU-Bürgern** in Großbritannien und **Schlusszahlungen des Vereinigten Königreichs an die EU von rund 45 Milliarden Euro**. Vorgesehen ist außerdem eine **Übergangsfrist bis Ende 2020**. Sie könnte noch bis Ende 2022 verlängert werden. **In dieser Zeit** soll sich für die Wirtschaft und die Bürger beider Seiten **praktisch nichts ändern**.

Begleitet wird der Vertrag von der **politischen Erklärung** über eine sehr enge Wirtschafts- und Sicherheitspartnerschaft nach dem Brexit. Die könnte ein Handelsabkommen sowie eine enge Zusammenarbeit in bei Verteidigung, Sicherheit, Forschung und Klimawandel umfassen.

Ein besonders umstrittener Passus des EU-Austrittsvertrags ist die **Notfallregelung zur künftigen Grenz zwischen Irland und Nordirland**, der sogenannte Backstop. Diese Auffanglösung soll eine **harte Grenze zwischen Nordirland und Irland vermeiden**, falls nach einer 21-monatigen Übergangsfrist immer noch keine Lösung gefunden ist – im dem Fall würde **Nordirland auf einigen Gebieten enger mit der EU verbunden bleiben als das restliche Großbritannien**. Dies stößt bei den Brexiteers in Mays konservativer Partei auf erbitterten Widerstand. Auch die **nordirische Democratic Unionist Party (DUP)**, auf deren Unterstützung Mays Minderheitsregierung im Parlament angewiesen ist, **lehnt den Backstop ab**. Die zehn Abgeordneten der protestantischen und ultrakonservativen Partei haben bereits **angekündigt, gegen das Brexit-Abkommen in seiner jetzigen Form zu stimmen** – einen Sturz Mays wollen sie aber nicht unterstützen. Ziel sei es nur, einen besseren Deal zu erreichen, sagte DUP-Vize Nigel Dodds. Auf der Suche nach Wegen, doch noch eine Zustimmung für ihren Brexit-Plan im Unterhaus zu finden, erklärte May in der BBC, der Backstop werde **nicht automatisch in Kraft treten**. Sie stellte den Abgeordneten eine **Mitwirkung an der Entscheidung** in Aussicht.

Unterstützung bekam May von dem **Liberaldemokraten Stephen Lloyd**. Er trat als Whip (Einpeitscher) seiner Partei zurück, **um für den Brexit-Deal** stimmen zu können. Die Whips sorgen für Fraktionsdisziplin bei wichtigen Abstimmungen.

Wird das Abkommen abgelehnt, drohen drastische Folgen für alle Lebensbereiche. Auch ein **Rücktritt Mays, eine Neuwahl oder ein zweites Brexit-Referendum** sind möglich. **aw**